

# WAS UND WIE

Informationen  
Argumente  
Übersichten  
für den Agitator

5/80



---

# INHALT

---

<b>Termine</b>	<b>2</b>
Zur internationalen Lage	3
Eine aktive Haltung zur Wissenschaft	6
25 Jahre Warschauer Vertrag: Für Frieden und Sicherheit	8
Fakten zum Wohnungsbau	11
<b>Antworten</b>	
– Was bezwecken die massiven Angriffe der USA auf Kuba?	15
– Sunniten und Schiiten – Konfliktstoff im Islam?	17
– Welchen Wert hat in der DDR eine Tagesproduktion?	19
BRD-Rüstungsexporte für Profit und Macht	22
Der Prophet und die Lüge	24
<b>Panorama</b>	
– Fakten zum Konfrontationskurs der USA und der NATO	25
– BRD: Welchen Nutzen zieht sie aus anderen EG-Ländern?	28
– Massiver Einfluß westlicher Massenmedien	30

---

Anschrift der Redaktion: Zentralkomitee der SED, Abteilung  
Agitation, 102 Berlin, Marx-Engels-Platz, Fernruf :2 02 32 06 –  
Verlag: Verlag für Agitations- und Anschauungsmittel, Ge-  
staltung: Jürgen Mücke – Lizenznummer: 1657 – Druck:  
Grafischer Großbetrieb Völkerfreundschaft Dresden – Nach-  
druck nur mit Genehmigung der Redaktion – Bestellungen  
bei jedem Postamt möglich, Bestell-Nr. 33 810 – Art.-Nr.  
(EDV): 841 14 – Preis 0,30 M – Redaktionsschluß: 29. 4. 1980.

---

# TERMINE

---

## MAI

- 17.** Woche der Jugend und Sportler (17.–26. 5.)
- 23.** V. Festival der Freundschaft zwischen der Jugend der DDR und der UdSSR in Karl-Marx-Stadt (23.–26. 5.)
- Tag der Jugendbrigaden
- 29.** V. Festival der sorbischen Kultur in Bautzen
- 31.** 23. Parteitag der Kommunistischen Partei Luxemburgs (31. 5.–1. 6.)

## JUNI

- 1.** Internationaler Tag des Kindes
- 5.** IV. Kongreß des Verbandes der Theaterschaffenden der DDR in Berlin (5.–7. 6.)
- 6.** 27. Parteitag der Kommunistischen Partei der Niederlande (6.–8. 6.)
- 8.** Tag des Eisenbahners  
Tag der Werktätigen des Verkehrswesens
- 12.** Tag des Lehrers
- 15.** Tag der Genossenschaftsbauern und Arbeiter der sozialistischen Land- und Forstwirtschaft

# Zur internationalen Lage

„Wie die jüngsten Ereignisse zeigen, führt der Kampf für Frieden und Sozialismus, für soziale und nationale Befreiung der Völker durch viele Stürme. Von Zeit zu Zeit nimmt er deutlich an Schärfe zu. All dies bestätigt erneut unsere vielfach getroffene Feststellung, daß jähe Veränderungen der internationalen Lage möglich sind, daß dem Imperialismus der Hang zum Abenteuerum wesenseigen ist.“ Diese Einschätzung, die der Generalsekretär unserer Partei, Erich Honecker, in seiner Rede vor den 1. Kraisekretären am 25. Januar gab, ist durch die Entwicklung der letzten Zeit nachdrücklich bestätigt worden. Es ist unübersehbar: Die aggressivsten Kreise des Imperialismus haben unter Führung der USA zum von langer Hand vorbereiteten Sturmangriff auf die Politik der friedlichen Koexistenz, auf Sicherheit und Entspannung, auf den sozialen Fortschritt und das Selbstbestimmungsrecht der Völker geblasen. Der gescheiterte Überfall der USA auf Iran – getarnt als „Aktion zur Geiselfreiung“ – ist weder der erste noch wird es der letzte Beweis eines Kurswechsels sein, dessen Inhalt Aggressivität und Expansionsdrang sind und der direkt Frieden und Sicherheit im Visier hat.

Warum ist das so? Warum setzen diese Kreise des Imperialismus wieder so offen auf Konfrontation? Weil ihnen – in einem Satz geantwortet – der Frieden nicht bekommt, weil ihnen die ganze Richtung der friedlichen Koexistenz nicht paßt, weil sie um den Verlust weiterer Positionen an die Kräfte des Friedens und sozialen Fortschritts fürchten.

● In den letzten Jahrzehnten hat sich – besonders unter den Bedingungen der Entspannung – ein neues Kräfteverhältnis zwischen den beiden Weltsystemen Sozialismus und Imperialismus herausgebildet. Auf ökonomischem Gebiet wuchs der Anteil der RGW-Länder auf ein Drittel der Weltindustrieproduktion, während der der kapitalistischen Industriestaaten auf etwa 50 Prozent sank. Die Vorherrschaft des Imperialismus in den internationalen Beziehungen, Entwicklungen fast beliebig diktieren zu können, wurde gebrochen. Zum ersten Mal in der Geschichte befindet sich der Imperialismus auch in der Situation, ein annäherndes militärisches Gleichgewicht des Sozialismus konstatieren zu müssen. Sozialistische Staaten existieren heute

auf vier Kontinenten – Europa, Asien, Afrika, Lateinamerika.

● Dieses neue Kräfteverhältnis war auch mitentscheidend für Entwicklungen in der Welt, die wesentliche Elemente der traditionellen internationalen kapitalistischen Arbeitsteilung zerstört oder erschüttert haben. Besonders betrifft das den Energie- und Rohstoffsektor. In den Entwicklungsländern, die – einstmals kolonial völlig abhängig – heute mehr und mehr nach ökonomischer Unabhängigkeit streben und immer nachdrücklicher eine neue internationale Wirtschaftsordnung fordern, werden etwa 75 Prozent der in den kapitalistischen Industriestaaten verbrauchten Roh- und Brennstoffe gewonnen. Die Importabhängigkeit des Imperialismus von Rohstoffen also ist groß, die bisherige mühelose Methode ihrer Beschaffung gehört weitgehend der Vergangenheit an.

● Als Drittes muß genannt werden, daß die 70er Jahre nicht nur nicht die Geburt des krisenfreien Kapitalismus brachten, sondern sich im Gegenteil die Krisenerscheinungen auch im Inneren ausweiteten und vertieften. Strukturkrisen, Inflation und Arbeitslosigkeit stehen dafür als Beispiele. Die wissenschaftlich-technische Revolution führte zwar zu einem enormen Tempo bei der Steigerung der Leistungsfähigkeit der Monopolwirtschaft. Gleichzeitig aber wurde die Unfähigkeit des Systems unübersehbar, mit den jetzigen und noch mehr den künftigen Folgen von Wissenschaft und Technik auf sozialem und ökonomischem Gebiet fertigzuwerden. Auch hat sich innerhalb des imperialistischen Lagers eine gewisse Kräfteverschiebung ergeben. Die USA – bis tief in die 60er Jahre hinein allseitig und absolut dominierende Macht – mußten an die EG-Staaten und Japan wichtige Positionen abgeben, die Differenzierung und Widersprüchlichkeit zwischen den einzelnen Zentren nahm zu.

Offensichtlich haben starke Kräfte vor allem des USA-Imperialismus die Hoffnung aufgegeben, diese Entwicklung unter den Bedingungen der friedlichen Koexistenz, der Entspannung aufhalten und umkehren zu können. Deshalb setzen sie alles aufs Spiel, was besonders in den 70er Jahren – ohnehin gegen ihren erbitterten Widerstand – an Fortschritten in den internationalen Beziehungen erreicht werden konnte. Sie holen wieder den „großen Knüppel“ gegen die Welt hervor in der Annahme, damit den Kampf um Rohstoffquellen, um politische und militärstrategische Positio-

nen, um Einflußsphären und Höchstprofite erfolgreich führen zu können. Dies ist die tiefe Ursache der verschärften internationalen Situation, zugespitzt noch durch eine Regierung in Washington, der selbst von ihren Verbündeten Unberechenbarkeit, mangelndes Einschätzungsvermögen und Sprunghaftigkeit bescheinigt wird. In diesem Lichte muß betrachtet werden, was sich jetzt in der Welt abspielt und von imperialistischen Sprüheklopfern als verantwortlich für die Verschlechterung der Lage angeboten wird: die Entwicklung in Iran, die Ereignisse in Afghanistan, das Geschrei um Kampuchea und Vietnam, die angebliche sowjetische Raketenbedrohung für Westeuropa. Das sind alles Vorwände und Lügen, die das Streben des Imperialismus nach einer Änderung des Kräfteverhältnisses zu seinen Gunsten verbergen sollen.

Es gibt keinen Zweifel, daß dieser Kurs des Imperialismus große Gefahren in sich birgt. Der Kampf um den Frieden ist in dieser Situation mehr denn je die wichtigste, letztlich alles entscheidende Aufgabe. Es hat sich in den letzten Wochen gezeigt, daß in bestimmten Führungskreisen einiger westlicher Staaten die Entwicklung ebenfalls mit Besorgnis gesehen wird. Zugleich aber muß festgestellt werden, daß auch diese Regierungen eine große Verantwortung für die Zuspitzung tragen und selbst zur Verschärfung der internationalen Lage beitragen. So wäre der gefährliche Raketenbeschluß von Brüssel ohne die aktive Schützenhilfe der BRD undenkbar gewesen. Ein anderes Beispiel sind die Olympiaboykott-Beschlüsse. Ungeachtet den Erfordernissen der Vernunft und ihrer eigenen nationalen Interessen geben diese Regierungen immer wieder dem Druck der USA nach. Die Entspannung bewahren zu wollen und gleichzeitig gefährliche „atlantische Solidarität“ (was für ein Mißbrauch dieses Begriffes!) mit der gegenwärtigen Politik Washingtons zu üben – beides zusammen geht letztlich nicht.

Trotz allem ist es gerechtfertigt zu sagen, daß Frieden und Entspannung gesichert werden können. Noch nie waren diese Kräfte – die sozialistischen Staaten, die nationale Befreiungsbewegung, die gesamte ant imperialistische Front in der Welt – so stark wie heute. Zu ihnen gehört auch die DDR. Unsere wirtschaftliche Leistungskraft zu erhöhen, ideologisch und militärisch jederzeit wachsam zu bleiben – das ist unsere Verantwortung, der wir im Interesse des Friedens gerecht werden müssen.

## Grundvoraussetzung für spürbare Leistungssteigerung

# Eine aktive Haltung zur Wissenschaft

Die Aufgaben des Volkswirtschaftsplanes 1980 weiter gut zu erfüllen, stellt nicht schlechthin hohe Anforderungen. Wir hatten auch bisher keine „weichen“ Pläne. Aber was jetzt zu leisten ist, verlangt Umdenken, Umlernen, neue Kampfpositionen.

Denn – wie es Genosse Erich Honecker auf der 11. Tagung des ZK ausdrückte – der wirtschaftliche Leistungsanstieg kann heute nicht mit den Mitteln und Methoden von Anfang der siebziger Jahre organisiert werden. Jetzt bestehen andere Möglichkeiten, und jetzt gibt es andere Anforderungen.

Manch einer mag denken, auf seinen Betrieb träfe das so unmittelbar nicht zu, weil sich ja die Zuwachsrate der Warenproduktion im Rahmen des bisher Gewohnten halte. Aber hier setzt schon die Notwendigkeit des Umdenkens ein. Das wird sofort deutlich, wenn man sich einige qualitative Ziele vor Augen hält, die der gesamten Volkswirtschaft gestellt sind.

- Die Produktion mit Gütezeichen Q muß um ein Mehrfaches schneller wachsen als die Warenproduktion insgesamt.

- Industrie, Bau- und Verkehrswesen, die im vergangenen Jahr 364 Millionen Arbeitsstunden einsparten, haben für 1980 als Mindestzielstellung 447 Millionen Arbeitsstunden einzusparen, also rund 23 Prozent mehr.

- Von 1976 bis 1978 wurde der spezifische Material- und Rohstoffverbrauch durchschnittlich um 3,1 Prozent jährlich gesenkt. Jetzt heißt das Ziel: 4,5 bis 4,7 Prozent, also rund die Hälfte mehr.

- Während bisher an wichtigen Hauptrohstoffen und Materialien für den Produktionszuwachs eine Steigerung von absolut 2 bis 3 Prozent zur Verfügung stand, wird der Zuwachs in diesem Jahr 0,5 Prozent betragen, also rund ein Fünftel des bisherigen.

Das sind nur einige Beispiele, die beweisen, daß wir uns bei den qualitativen Kennziffern der Wirtschaftsentwicklung auf Größenordnungen einzustellen ha-

ben, die weit über das bisher übliche Maß hinausgehen.

Wir kennen den Hebel zur Bewältigung dieser Größenordnungen. Er heißt: Wissenschaft und Technik ökonomisch besser nutzen, effektiver anwenden. Den Hebel zu kennen, verlangt zugleich, ihn mit aller Konsequenz zu betätigen. Das aber ist keine exklusive Aufgabe der Wissenschaftler und Techniker. Denn heute haben nahezu alle Werktätigen Zugriff zu diesem Hebel.

Die neuen, hocheffektiven Technologien zur Herstellung von Spitzenprodukten werden ja zu einem Großteil auf dem Wege der sozialistischen Rationalisierung in vorhandene Gebäude, in bestehende Fertigungsstätten, häufig während laufender Produktion, eingebracht. Das geht aber nicht, jedenfalls nicht schnell genug, wenn diejenigen, die für die laufende Produktion die Verantwortung tragen, diesen Neuerungen der Wissenschaft gegenüber eine abwartende Position einnehmen, etwa nach dem Motto: „Mal sehen, was die Wissenschaftler ausgeknobelt haben, und dann in Ruhe prüfen, was sich daraus machen läßt.“

Vielmehr erfordert der raschere Anstieg der Arbeitsproduktivität eine aktive Haltung zur Wissenschaft, engste sozialistische Gemeinschaftsarbeit innerhalb des gesamten Kreislaufs von der Grundlagenforschung bis zur effektiven ökonomischen Verwertung der Forschungsergebnisse. Eine solche ertragreiche Gemeinschaftsarbeit zustande zu bringen, das besagen alle Erfahrungen, ist nicht in erster Linie und schon gar nicht allein eine organisatorische Aufgabe. Vor allem geht es um die richtige Haltung. Zum Beispiel um die entsprechende Einstellung der Partner zueinander, die sich zuallererst auf hohe schöpferische Leistungen jedes Beteiligten gründet; es geht um die Bereitschaft, vom anderen zu lernen, dessen Idee im Interesse des Ganzen voranzuhelfen und dabei eventuell die eigene zurückstellen. Eine aktive Haltung zur Wissenschaft führt nur über die Gemeinschaftsarbeit, und diese wiederum verlangt eine lebendige, auf solche Handlungsfragen orientierte Ideologische Arbeit.

Auf diesem Wege können und müssen wir alle geistigen Potenzen, über die wir in den Kombinat und Betrieben verfügen, voll nutzen: von der hohen, in echtes Neuland vorstoßenden Aufgabenstellung für die Forscher, Entwickler, Konstrukteure, Technologen,

Formgestalter über die WAO-Kollektive, die Bewegung der Messe der Meister von morgen bis zu den Neuerern, ja bis zu jedem Arbeitskollektiv.

Denn die Rationalisierung als wichtigstes Feld der Umsetzung wissenschaftlich-technischer Erkenntnisse erfaßt buchstäblich alle betrieblichen Prozesse in der Produktionsvorbereitung, in der Produktion, in den Transport-, Umschlag- und Lagerarbeiten und nicht zuletzt in der Verwaltung.

Unerläßlich ist stets das kritische Durchdenken der technologischen Prozesse, um aufzudecken, wo und wie die Kosten gesenkt, Arbeitskräfte freigesetzt, die Effektivität erhöht werden kann. Daran mitzuwirken, ist jeder aufgefordert. Es ist ein wichtiges Anliegen des schöpferischen Meinungsstreits in den Parteikollektiven und von dorthier ausstrahlend in der ganzen Belegschaft, ein solches Klima zu schaffen, in dem das schöpferische Drängen nach neuen Lösungen zur Sache aller wird.

Otfrid Arnold

## **25 Jahre Warschauer Vertrag**

# **Für Frieden und Sicherheit**

Die vom Imperialismus heraufbeschworenen Gefahren für den Frieden in der Welt sind offensichtlich. Drohung mit militärischer Gewalt, Atomraketen, Interventionstruppen, atomarem Erstschatz und neuen Waffengenerationen soll das Ausbeutersystem in die Lage versetzen, die Welt nach seinem Willen einzurichten. Die jüngsten Beschlüsse der USA und der NATO über die Programme der Rüstung in den 80er Jahren verfolgen das Ziel, die militärische Überlegenheit über den Sozialismus zu erringen, so die politische Vorherrschaft zu gewinnen und die sozialen Wandlungen in der Welt aufzuhalten.

Angesichts dieser imperialistischen Absichten bewährt sich einmal mehr der 1955 in Warschau abgeschlossene „Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand“, kurz Warschauer Vertrag genannt. Mit seiner Unterzeichnung wurde ein weltpolitisch wirksames, multilaterales politisches und militärisches Bündnis geschaffen, das nicht der Vorbereitung, sondern der Verhinderung von Kriegen dient. Als politisches Hauptziel des Vertrages ist die

Verpflichtung der Unterzeichnerstaaten formuliert, „sich im Geiste aufrichtiger Zusammenarbeit an allen internationalen Handlungen zu beteiligen, deren Ziel die Gewährleistung des Weltfriedens und der Sicherheit ist.“ Die Verteidigungsorganisation der Staaten des Warschauer Vertrages ist ein zuverlässiges Instrument unseres Schutzes.

In den 25 Jahren ihrer Existenz hat sie sich voll und ganz bewährt. Den Staaten des Warschauer Vertrages, ihrer abgestimmten Außenpolitik ist zu danken, daß auf dem Wege zur politischen Entspannung Fortschritte erreicht und konkrete Initiativen zur Abrüstung unterbreitet werden konnten.

Der militärischen Stärke des sozialistischen Verteidigungspaktes, besonders der Sowjetunion, ist zu danken, daß in Europa seit 35 Jahren Frieden herrscht, obwohl NATO-Staaten mit ihrer Beteiligung an über 100 Aggressions- und Interventionshandlungen und 24 lokalen Kriegen den Weltfrieden oft genug in Gefahr brachten.

Die DDR verdankt dem Warschauer Vertrag ganz speziell, daß die Aggressionsdrohung gegenüber unserem Staat (festgehalten in dem 1952 von den USA, Großbritannien, Frankreich und der BRD abgeschlossenen sogenannten „Deutschlandvertrag“ mit dem Ziel, ein imperialistisches Gesamtdeutschland herzustellen, „das eine ... Verfassung, ähnlich wie die Bundesrepublik, besitzt und das in die Europäische Gemeinschaft integriert ist“) ein Wunschtraum von Revanchisten bleiben mußte.

Das Grundanliegen des Warschauer Paktes ist Frieden und Sicherheit. Seine Gründung und jede Maßnahme zur Stärkung seiner Verteidigungskraft war stets nur eine Reaktion auf die aggressive Rüstungspolitik des Imperialismus. Die Bildung der sozialistischen Verteidigungsorganisation erfolgte erst fünf Jahre nach der NATO, nachdem die Sowjetunion alles versucht hatte, ein umfassendes System kollektiver Sicherheit zu schaffen als Alternative zur Blockbildung, die vom Imperialismus initiiert wurde.

Gegenwärtig zwingt uns die Hochrüstung der USA und der NATO dazu, entsprechende Maßnahmen zu ergreifen, denn die militärische Überlegenheit der Feinde des Sozialismus und des Friedens darf nicht zugelassen werden. Stets muß ein annäherndes militärisches Gleichgewicht gewahrt bleiben. Das kostet Anstrengungen! Nicht nur die Streitkräfte, die gesamte Gesell-

schaft hat hier Verpflichtungen. Ein materieller Ausdruck dafür war die Festlegung im Staatshaushaltsplan der DDR die Verteidigungsausgaben 1980 um 200 Millionen Mark zu erhöhen.

Um auch unter zugespitzten Bedingungen der Klassenauseinandersetzung dem Frieden Dauer zu verleihen, sind höhere Anforderungen an die Verteidigungskraft und an die Verteidigungsbereitschaft zu stellen.

Welche Faktoren spielen dabei eine Rolle?

Die militärischen Aktivitäten des Imperialismus, wie z. B. großangelegte Manöver, aus denen heraus Aggressionshandlungen entstehen könnten, erlegen den sozialistischen Streitkräften eine Verantwortung auf, die selten so groß war wie heute. Hier ist Gefechtsbereitschaft, militärische Meisterschaft und kluge Organisation bei der Vorbereitung für die Verteidigung gefordert. Der Imperialismus unternimmt große Anstrengungen, um den revolutionären Weltprozeß aufzuhalten und die nationale Souveränität junger Staaten mit militärischer Drohung oder gar Intervention zugunsten der internationalen Monopole zu beschränken. Den Export von Konterrevolution nicht zuzulassen, gehört zum Internationalismus, zur Solidarität im anti-imperialistischen Kampf. Auch hier trägt die DDR wachsende Verantwortung auf allen Gebieten, auf denen Hilfe für Staaten möglich ist, die für ihre Unabhängigkeit kämpfen.

Ökonomie und Technik, materieller Aufwand für die Verteidigung sowie Bewältigung der wissenschaftlich-technischen Revolution in ihren Auswirkungen auf das Militärwesen sind jene Bereiche, mit denen vor allem die Voraussetzungen geschaffen werden, um dem Gegner keine militärische Überlegenheit auf irgendeinem Gebiet zu gestatten. Das ist nicht leicht, da es zu den Absichten imperialistischer Kreise gehört, die sozialistischen Staaten mit provozierte Rüstung abzuhalten von der Lösung anderer, vor allem sozialer Aufgaben.

Die gewachsenen Anforderungen an die Stärkung der Verteidigungskraft sind durch Anstrengungen der ganzen Gesellschaft zu bewältigen. In allen Bereichen müssen die Belange der Landesverteidigung die ihnen gebührende Aufmerksamkeit finden. Dabei sollte jedem bewußt sein, daß von den Arbeitsleistungen zugleich die Sicherheit und Verteidigungsfähigkeit abhängig sind.

Weitere, ganz persönliche Konsequenzen sind mit der Einstellung gegenüber den Pflichten und den freiwilligen Leistungen für die Verteidigung verbunden. Das beginnt damit, wie gut und diszipliniert die Vorbereitung auf den Wehrdienst im Wehrunterricht, in der vormilitärischen Ausbildung erfolgt, wie aufmerksam an der Schulung für die Zivilverteidigung teilgenommen wird, mit welcher Leistungsbereitschaft der Wehrdienst absolviert wird.

Angesichts des internationalistischen Charakters unseres Auftrages, den Sozialismus militärisch zu sichern, und der Tatsache, daß die Sicherheit der DDR Schulter an Schulter mit der Sowjetarmee gewährleistet wird, ist es die Ehrenpflicht jeder staatlichen und gesellschaftlichen Institution, die enge, brüderliche Verbindung mit den Angehörigen der Sowjetarmee noch fester zu gestalten.

Friedenssicherung ist notwendig und möglich. Die Gewähr dafür bietet die von unserer Partei zielstrebig und konsequent aufgebaute Landesverteidigung im Rahmen der Verteidigungsorganisation des Warschauer Vertrages. Die Bereitschaft und Fähigkeit jedes Bürgers für die Verteidigung ist dabei unerläßlich.

Werner Hübner

## Fakten zum Wohnungsbau

Unser Wohnungsbauprogramm, wichtigster Teil unserer Sozialpolitik, wird auch künftig, trotz komplizierter außenwirtschaftlicher Bedingungen, konsequent fortgeführt. Die Ergebnisse seit Anfang der siebziger Jahre zeigen, daß die Wohnverhältnisse deutlich verbessert werden konnten. Damit wurde ein gutes Fundament geschaffen für die Erfüllung der noch größeren Aufgaben des nächsten Fünfjahrplanes 1981–1985, für die auf der bevorstehenden 7. Baukonferenz die wichtigsten Lösungswege beraten werden. Auf das Erreichte und einige Probleme weisen die folgenden Fakten hin:

**Im komplexen Wohnungsbau** konnten die Pläne trotz von Jahr zu Jahr steigender Zielstellungen erfüllt und überboten werden. Welchen Aufschwung das Bauwesen in unserer Republik und besonders der Wohnungsbau nahmen, wird unter anderem daran deutlich, daß 1979 mehr als doppelt soviel Wohnungen gebaut bzw. modernisiert wurden als 1970. Konnten im

Zeitraum von 1961–1970 etwa 764 000 Wohnungen fertiggestellt werden, so werden es von 1971–1980 rund 1 420 000 sein. Damit verbesserten sich die Wohnbedingungen allein in den letzten 10 Jahren für mehr als 4 Millionen Bürger, also fast für jeden vierten Einwohner unserer Republik.

Immer mehr hat sich in den vergangenen Jahren das Antlitz unserer Hauptstadt, der Bezirksstädte, aber auch zahlreicher Mittel- und Kleinstädte sowie vieler Dörfer verändert. Es entstanden moderne Wohngebiete und eindrucksvolle städtebauliche Ensembles. Dabei werden die Altbauten, die wir weitgehend erhalten und bewahren wollen, mit einbezogen.

Bei der überdurchschnittlichen Entwicklung des komplexen Wohnungsbaus in Berlin sowie in den Bezirken Leipzig, Dresden, Halle und Karl-Marx-Stadt geht es vor allem darum, noch vorhandene territoriale Unterschiede in den Wohnbedingungen weiter zu verringern. Noch immer gibt es z. B. in Berlin ein ungünstiges Verhältnis zwischen den vorhandenen Wohnungen und der Anzahl der Haushalte, d. h., es gibt beträchtlich weniger Wohnungen als Haushalte. Daraus erklärt sich unter anderem, daß in Berlin pro 1 000 Einwohner die höchste Zahl an Wohnungsanträgen vorliegt.

Durch die großen Anstrengungen der Berliner Bau-schaffenden und dank der tatkräftigen Mithilfe der ganzen Republik konnten seit 1971 die Wohnverhältnisse für rund 250 000 Berliner spürbar verbessert werden. Auch bei der weiteren Verwirklichung des Wohnungsbauprogramms sowie der Ausgestaltung unserer Hauptstadt werden die Bauleute anderer Bezirke die Berliner aktiv unterstützen.

Um die Wohnbedingungen in den Zentren der Arbeiterklasse noch rascher zu verbessern, wurde eine Reihe von Schwerpunkten des Wohnungsbaus geschaffen:

Standort	Zielstellung	bis Ende 1980
	(Wohnungseinheiten)	
Berlin-Marzahn	40 000	19 200
Leipzig-Grünau	30 000	8 300
Karl-Marx-Stadt „Fritz Heckert“	32 900	17 200
Dresden-Prohlis	11 200	9 800

**Eigenheime:** Zu einem wichtigen sozialpolitischen Faktor entwickelte sich seit 1971 die Errichtung von Eigen-

heimen für Arbeiter und kinderreiche Familien. Durch eigene aktive Arbeit und die Unterstützung von Betriebskollektiven sowie durch die Nutzung günstiger Kredite konnten so für 88 750 Familien die Wohnprobleme zufriedenstellend gelöst werden.

**Die Ausstattung** der neugebauten bzw. modernisierten Wohnungen mit Innentoilette sowie Bad bzw. Duschecken hat zu einer deutlichen Niveauverbesserung des Wohnungsbestandes geführt. Hatten 1970 erst 39 Prozent der Wohnungen Bad bzw. Duschecke, 26 Prozent Warmwasserversorgung und 11 Prozent Zentralheizung, so betragen diese Anteile 1979 51 Prozent, 40 Prozent und 22 Prozent. Dennoch übersehen wir nicht, daß noch etwa 45 Prozent aller Wohnungen keine Innentoilette und fast die Hälfte weder Bad noch Duschecke haben. Da es sich hierbei vorwiegend um ältere Wohnungen handelt (etwa 50 Prozent der Häuser wurde vor der Jahrhundertwende gebaut), erlangt die Modernisierung und Erhaltung des Wohnraumbestandes in den nächsten Fünfjahrplänen zunehmende Bedeutung. Wie die 11. Tagung des ZK unterstrichen hat, „hängt der wirtschaftliche Einsatz nicht zuletzt davon ab, wie Neubau, Modernisierung und Werterhaltung klug miteinander verbunden werden“. Vor allem können wir es uns nicht leisten, brauchbare Bausubstanz großflächig abzureißen.

**Gesellschaftsbau:** Auch auf diesem Gebiet können sich die Leistungen unserer Bauschaffenden sehen lassen. Ergebnisse 1971–1980: 222 800 Kindergarten- und 116 700 Kinderkrippenplätze, 33 400 Unterrichtsräume, 1 285 Schulturnhallen, 250 000 Quadratmeter Verkaufsraumfläche, 9 700 Arztplätze sowie weitere gastronomische und Dienstleistungseinrichtungen.

**Leistungsfähige Bauindustrie:** Schritt für Schritt wurde seit 1971 eine moderne Wohnungsbauindustrie geschaffen. Heute wird der Wohnungsbau in unserer Republik bereits zu 95 Prozent in der Montagebauweise ausgeführt, und auch der Ausbau wird technologisch weiter vervollkommnet. 1971 wurden 35 000 Wohnungen in der Großplattenbauweise hergestellt, 1979 waren es bereits 100 000.

Entscheidend für die Anwendung des industriemäßigen Bauens war die Bildung von Kombinat in Berlin und allen Bezirken der Republik. Dadurch war es möglich, die seit 1971 von Jahr zu Jahr wachsenden Aufgaben planmäßig zu erfüllen. So wurden über 70

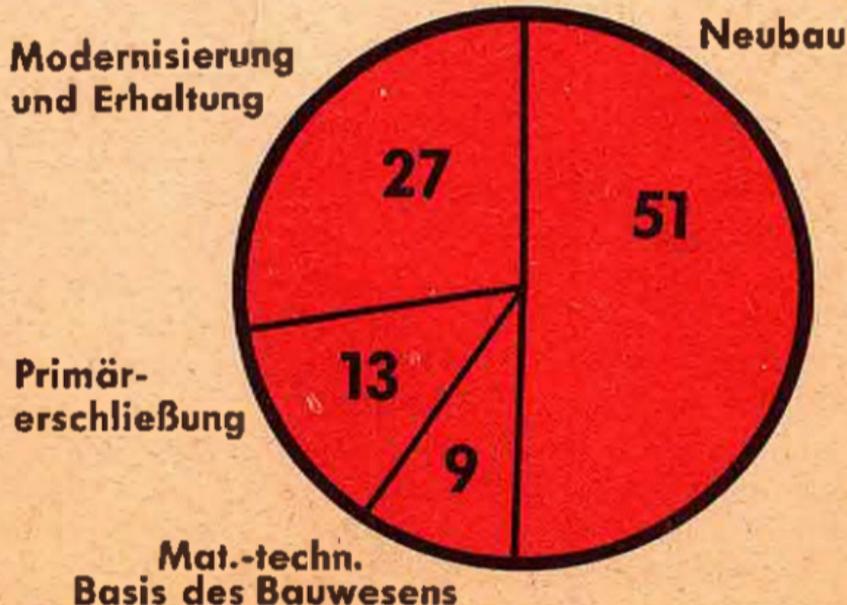
Prozent der seit 1971 der Bevölkerung übergebenen Neubauwohnungen durch Wohnungsbaukombinate (WBK) gebaut, dazu eine Vielzahl von Gemeinschaftseinrichtungen. Auch im örtlichen Bauwesen werden bereits 40 Prozent aller Leistungen durch WBK realisiert.

Ein Vergleich zwischen den WBK zeigt jedoch, daß es trotz eines allgemeinen Leistungsaufschwungs noch Unterschiede gibt. So wurde z. B. 1979 im WBK Cottbus je Arbeitskraft eine Leistung von fast 68 000 Mark erbracht, während andere Kombinate teilweise unter der Durchschnittsleistung von 50 000 Mark liegen. In der Überwindung solcher Unterschiede sowie der Beschleunigung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts insgesamt, vor allem durch die breitere Anwendung rationeller Technologien wie der Takt- und Fließfertigung und durch die Erhöhung des Niveaus der Leitung, Planung und Organisation liegen die wichtigsten Effektivitätsreserven.

**Wachsende finanzielle Aufwendungen:** Insgesamt wurden in den Jahren 1971–1980 für den komplexen Wohnungsbau, für Modernisierung und Erhaltung 100 Milliarden Mark aufgebracht, die sich folgendermaßen verteilen.

1971–1980

## 100 Milliarden Mark für besseres Wohnen



---

# ANTWORTEN

---

## Was bezwecken die massiven Angriffe der USA auf Kuba ?

In letzter Zeit häufen sich die Nachrichten über zunehmende Diversionsakte gegen unser kubanisches Brudervolk. Worum geht es im einzelnen?

Seit Jahr und Tag ist den reaktionären Kräften in Washington die erfolgreiche Entwicklung des sozialistischen Kuba, nur 80 Meilen von der Küste der USA entfernt, ein Dorn im Auge. Mit allen Mitteln versuchten sie, den Sozialismus in der westlichen Hemisphäre zurückzurollen. Dazu zählen die bis heute andauernde politische und wirtschaftliche Blockade Kubas durch die USA, alle nur erdenklichen Erpressungs- und Einmischungsversuche bis hin zur bewaffneten Intervention in der Schweinebucht, die kläglich scheiterte.

Mit der schrittweisen Veränderung des internationalen Kräfteverhältnisses und der Festigung der Positionen des Sozialismus auf Kuba – entscheidend beeinflusst durch die internationalistische Zusammenarbeit mit der Sowjetunion und den anderen Staaten der sozialistischen Gemeinschaft – wuchsen Kubas internationales Ansehen und seine Ausstrahlungskraft.

Die USA sahen sich Anfang der 70er Jahre gezwungen, der veränderten internationalen Lage stärker Rechnung zu tragen. Im Ergebnis dessen kamen unter anderem das 1977 unterzeichnete Fischereiabkommen sowie der im September 1977 vereinbarte Austausch von Interessenvertretungen in den Hauptstädten beider Länder zustande.

Seit Mitte 1979 jedoch haben die USA ihre Politik der Feindseligkeiten gegenüber Kuba wieder merklich intensiviert. So haben die militärischen Aktivitäten zugenommen, zum Beispiel wurden die Spionageflüge über kubanischem Territorium erneut verstärkt und der widerrechtlich besetzt gehaltene USA-Flottenstützpunkt Guantanamo als Ausgangsbasis ungezählter Provokationen weiter ausgebaut und modernisiert.

Unter grobem Mißbrauch der 1979 von der kubanischen Regierung gewährten großzügigen Einreisemöglichkeiten für Exilkubaner nach Kuba versuchen die

USA, neue konterrevolutionäre Aktionen zu organisieren, eine Atmosphäre der Unsicherheit und Unzufriedenheit im Land zu schaffen. Sie spekulieren darauf, wirtschaftliche Rückschläge (Mißernten bei Zuckerrohr und Tabak durch Schädlingsbefall) in ihrem Sinne ausnutzen zu können. Massiver wurde auch die Hetz- und Verleumdungskampagne „made in USA“ gegen die Führung der kubanischen Bruderpartei, insbesondere gegen Genossen Fidel Castro persönlich, um das enge Vertrauensverhältnis zwischen der KPK und den Volksmassen zu erschüttern. Selbst vor offenen Morddrohungen wird dabei nicht zurückgeschreckt. Zugenommen hat auch die Zahl von Terror- und Sabotageakten. Dazu gehören von Banden organisierte Anschläge gegen ausländische diplomatische Vertretungen in Havanna, um eine Asylgewährung zu erzwingen.

Umfangreiche Störmanöver inszeniert nicht zuletzt die US-Diplomatie, um Kuba in der Ausübung seiner Pflichten als Sprecher der Nichtpaktgebundenen – eine Festlegung der VI. Gipfelkonferenz der Nichtpaktgebundenen 1979 in Havanna – zu behindern.

Ziel all dieser konterrevolutionären Aktivitäten der USA ist es, die sozialistische Entwicklung in Kuba aufzuhalten und der Autorität und Ausstrahlungskraft entgegenzuwirken, die sich das Land durch seinen großen Beitrag zur Verwirklichung der Friedenspolitik der sozialistischen Gemeinschaft, zum revolutionären Weltprozeß besonders in Lateinamerika und Afrika und bei der Konsolidierung der Nichtpaktgebundenen-Bewegung auf antiimperialistischer Grundlage erworben hat.

Zur Politik der Drohungen und Erpressungen gehört auch das US-Manöver in der Karibik „Solid Shield 80“ im Mai mit einer Beteiligung von 20 000 Soldaten, 42 Schiffen und 350 Flugzeugen.

Die neuerliche starke Präsenz von US-Truppen im karibischen Raum ist offenkundig nicht nur gegen Kuba, sondern gegen progressive Entwicklungen und Bestrebungen auch in anderen Ländern Lateinamerikas wie Nikaragua, Grenada und El Salvador gerichtet.

Der USA-Imperialismus ist allen Anzeichen nach bestrebt, in der Karibik einen neuen internationalen Krisenherd zu entfachen, der sich in das Gesamtkonzept der Destabilisierung und Verschärfung der Spannungen in der ganzen Welt einfügt.

Das kubanische Volk ist darauf vorbereitet, auch diesen Anschlag zurückzuschlagen.

# Sunniten und Schiiten — Konfliktstoff im Islam?

In letzter Zeit ist viel von einer „Wiedergeburt des Islam“ die Rede, begründet vor allem mit der Volksrevolution in Iran und der dominierenden Rolle der Geistlichen in diesem Land. Jüngste Ereignisse wie die Auseinandersetzungen zwischen Iran und Irak haben auch die Aufmerksamkeit darauf gelenkt, daß es verschiedene Glaubensrichtungen innerhalb des Islam gibt — eine Tatsache, die Zündstoff in sich bergen kann. Sunniten und Schiiten — wie entstanden diese Richtungen, welche Unterschiede gibt es zwischen ihnen?

Die Zahl der Anhänger des Islam auf der Welt wird heute auf 800 Millionen bis eine Milliarde Menschen geschätzt. Dabei lebt die Mehrheit der Moslems in nichtarabischen Ländern (Pakistan, Indien, Indonesien, Türkei und in afrikanischen Ländern).

Der Islam ist stets eine „politische“ Religion gewesen. Er entstand vor mehr als 1300 Jahren als Ergebnis einer sozialen Bewegung und wurde oftmals Triebkraft sozialer Veränderungen. Stets standen sich dabei im Islam — wie auch heute — zwei gegensätzliche Tendenzen gegenüber. Die alte islamische Forderung nach dem Beistand für die Schwachen im Rahmen der Gemeinschaft äußert sich heute in seiner antikapitalistischen Komponente. Das ebenfalls traditionelle islamische Verlangen nach Unterwerfung unter die jeweiligen Machtverhältnisse wird dagegen von reaktionären Kräften benutzt, den Islam fortschrittlichen und demokratischen Veränderungen entgegenzustellen.

Bereits die erste große Glaubensspaltung im Islam (in Sunniten und Schiiten) war Ausdruck einer schon in der Frühzeit des Islam zunehmenden Differenzierung unter den Moslems. Im Jahre 656, als der dritte Kalif („Nachfolger“ Mohammeds) Othman ermordet wurde, riefen Moslems, die in Opposition zu der sich bereichernden Führungsschicht standen, den Schwiegersohn des Propheten, Ali, zum neuen Kalifen aus. Nachdem die Anhänger Alis eine militärische Niederlage erlitten hatten, einigten sich beide Parteien auf einen Schiedspruch in der Nachfolgefrage. Es entstanden drei politische Richtungen im Islam:

1. Die Anhänger der damaligen feudalen Führungsschicht. Sie waren die Vorläufer der späteren Glaubensrichtung der Sunniten.
2. Die Anhänger der Partei (arabisch „Schia“) Alis, die späteren Schiiten.
3. Die Kharedjiten (die „Ausziehenden“), ursprünglich Anhänger Alis, die gegen einen solchen Schiedsspruch waren. Sie verkörperten später eine radikal-demokratische Richtung im Islam. Kharedjiten gibt es noch in Nordafrika und auf Sansibar; unter dem Namen Ibaditen sind sie heute die vorherrschende Glaubensrichtung in Oman.

Nachdem Ali im Jahre 661 von einem Kharedjiten ermordet worden war, und nachdem Alis Sohn Hassan 680 bei einem Aufstandsversuch fiel, trennte sich die schiitische Richtung endgültig vom sunnitischen Islam und entwickelte im Laufe der Jahrhunderte auch unter dem Einfluß indischer, altpersischer und altgriechischer Glaubenslehren ein eigenes Denkgebäude.

Geistiges Oberhaupt der Schiiten wurde der Imam, dem (im Unterschied zum Kalifen der Sunniten) übermenschliche Qualitäten zugeschrieben werden, und der schließlich als Inkarnation Gottes galt. Über der Frage, wer der rechtmäßige Imam sei, spaltete sich das Schiitentum später wiederum in mehrere Richtungen, denen allen die Vorstellung von der Wiederkehr eines Imam als des „Erlösers“ gemein ist.

Im Schiitentum hat stets die soziale Komponente eine bedeutende Rolle gespielt. In der Frühzeit des Islam waren Schiiten vielfach an sozialen Erhebungen beteiligt. In Iran, dem einzigen Land, wo der Schiismus offizielle Staatsreligion ist (seit dort 1502 die schiitische Dynastie der Safaviden zur Macht kam), ist seit jeher eine sozialreformerische Bewegung dieser Glaubensrichtung vorherrschend.

Die religiösen Unterschiede zwischen Schiiten und Sunniten boten in der Vergangenheit oftmals den Anlaß für Auseinandersetzungen zwischen den Anhängern beider Richtungen. Sie wurden auch politisch ausgenutzt. So ist heute noch dieser Gegensatz als potentieller Konfliktstoff vorhanden, insbesondere dort, wo sich Minderheiten und Mehrheiten der jeweiligen Richtungen gegenüberstehen.

Insgesamt bekennen sich heute etwa 70 Millionen Moslems (etwa 10 Prozent aller Anhänger des Islam)

zum Schiismus. Ihre größte Zahl lebt in Iran; in der Republik Irak, in der Jemenitischen Arabischen Republik, im Libanon sind etwa die Hälfte Schiiten. Größere schiitische Gruppen gibt es auch in Kuwait, Saudi-Arabien und in den Vereinigten Arabischen Emiraten. In Pakistan und Afghanistan machen die Schiiten etwa 10 Prozent der Bevölkerung aus.

Klaus Polkehn

## Welchen Wert hat in der DDR eine Tagesproduktion?

Kennzeichnend für den festen Willen der Werktätigen, den Plan 1980 zu erfüllen und gezielt zu überbieten, ist folgende Tatsache:

Generaldirektoren und Parteiorganisatoren des ZK der Kombinate in Industrie und Bauwesen teilten in einem Brief an Genossen Erich Honecker ihre Absicht mit, zusätzlich zum Plan 1980 eine industrielle Warenproduktion von zwei Milliarden Mark zu erwirtschaften. Diese Leistung, die im wesentlichen aus eingespartem Material realisiert werden soll, entspricht im Durchschnitt einer Produktion von zwei Arbeitstagen pro Kombinat.

Unsere Zusammenstellung ausgewählter Beispiele zeigt, was an einem Kalendertag (1979 = 365 Tage) bzw. an einem Arbeitstag (1979 = 255 Tage) in den Jahren 1960 und 1979 hergestellt wurde:

### Produktion ausgewählter Erzeugnisse je Kalendertag

		1960	1979
Rohbraunkohle	1 000 t	616	701
Elektroenergie	Gigawattstd.	110	265
Rohstahl	t	10 246	19 241
Kalidüngemittel	t	4 552	9 301
Schwefelsäure	t	1 994	2 609
Synthetische Fasern u. Seiden	t	21	372
Plaste u. synthetische Harze	t	314	2 134
Dieselmotoren (einschl. Petroleum)	t	3 523	16 330
Zement	1 000 t	13,7	33,6
Fertiggestellte Wohnungen		220	446

Eine Tagesproduktion **Rohbraunkohle** (701 kt) ermöglicht die Produktion von rund 365 kt Braunkohlenbriketts; das entspricht 2,5 Prozent der Menge an Braunkohlenbriketts, die 1979 an die Bevölkerung verkauft wurde. Das bedeutet, daß die Werktätigen in den Tagebauen etwa 40 Tage im Jahr arbeiten, um den Bedarf der Bevölkerung zu sichern.

Die tägliche Produktion von **Zement** in Höhe von 33 600 t ist ausreichend für die Herstellung von etwa 2 500–3 000 Neubauwohnungen des staatlichen und genossenschaftlichen Wohnungsbaus.

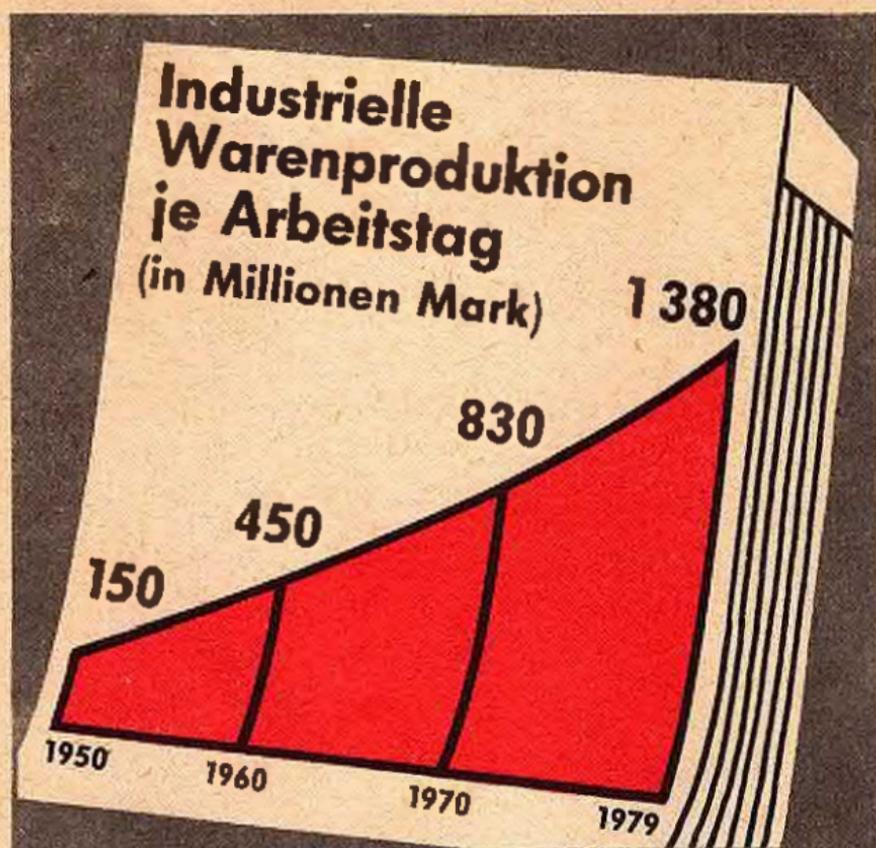
Die tägliche Produktion von **Kalidüngemitteln** in Höhe von 9 301 t ( $K_2O$ ) reicht aus, um eine landwirtschaftliche Nutzfläche von rund 110 000 ha mit Kalidüngemitteln zu versorgen.

### Leistungen des Verkehrswesens pro Kalendertag

		1960	1979
Gütertransportmenge der Eisenbahn	kt	650	829
Gütertransportmenge des gesamten Kraftverkehrs	kt	739	2 001
Gütertransportmenge der Seeschifffahrt	kt	3,8	33,1
Gütertransportleistung der Seeschifffahrt	Mio tkm	29	180
Gütertransportmenge der Binnenschifffahrt	kt	34,5	40,5
Güterumschlag in den Seehäfen	kt	12,2	48,0

### Tagesproduktion 1980 einiger Kombinate (in Mio M)

Carl Zeiss Jena	9,5
Robotron	14,7
Werkzeugmaschinenkombinat „Fritz Heckert“	7,0
Leuna-Werke „Walter Ulbricht“	20,2
Umformtechnik „Herbert Warnke“	5,6



(Zu Preisen des Jahres 1979)

### Produktion ausgewählter Erzeugnisse je Arbeitstag

		1960	1979
Haushalt-			
waschmaschinen	Stück	515	1 700
Haushalt-			
kühlschränke	Stück	541	2 404
Personen-			
kraftwagen	Stück	249	671
Rundfunkempf.	Stück	3 152	3 780
Fernsehempfänger	Stück	1 621	2 290
Schreibmaschinen	Stück	949	1 694
Möbel	Mio M	4,4	17,7
Oberbekleidung	Mio M	5,3	9,6
Strumpfwaren	1 000 Paar	589	1 242
Butter	t	679	1 080
Fleisch (einschl.			
Geflügelfleisch)	t	2 661	5 873
Papier	t	2 109	3 241
Spanabhebende			
Werkzeugmaschinen	Mio M	1,5	7,2
Bauproduktion	Mio M	46	134

# BRD-Rüstungsexporte für Profit und Macht

Im Rahmen des forcierten Aufrüstungskurses der NATO sowie der neokolonialistischen Politik des BRD-Imperialismus haben die BRD-Monopole in den letzten Jahren ihren Rüstungsexport bedeutend ausgedehnt. Trotz noch bestehender Produktions- und Exportbeschränkungen für Rüstungsgüter gelang es den einschlägigen BRD-Konzernen, nach den USA, Frankreich und Großbritannien auf den vierten Platz der imperialistischen Waffenexporteure vorzustoßen. Die BRD lieferte und liefert in 80 Länder der Erde Waffen und militärisches Gerät, errichtet im Ausland Produktionsanlagen zur Herstellung von Rüstungsgütern, exportiert militärisch-technisches Know-how (gewußt wie) oder Teile von Waffen. Obwohl Umfang und Bedeutung dieser Exporte von offizieller Seite heruntergespielt werden, erreichten allein die von BRD-Stellen zugegebenen Lieferungen von Waffen und Munition in der Zeit von 1969 bis 1979 6,71 Milliarden DM. Von den damit belieferten 54 Ländern sind 33 keine NATO-Staaten bzw. ihnen „gleichgestellte Länder“. Ein nicht unerheblicher Teil der Lieferungen geht in Spannungsgebiete, an äußerst reaktionäre Regimes und konterrevolutionäre Elemente. BRD-Monopole belieferten u. a. das südafrikanische Rassistenregime, den Aggressor-Staat Israel, die Pinochet-Clique in Chile, das ehemalige Rassistenregime in Südrhodesien, das frühere Schahregime in Iran. Die BRD-Zeitung „Die Zeit“ schrieb: „Wo immer innere und äußere Spannungen in Ländern der Dritten Welt entstanden, Waffen deutscher Herkunft waren stets im Spiel.“

Neben dem unmittelbaren Profitmotiv der Monopole spielt beim Rüstungsexport die Sicherung von Rohstoffquellen und Absatzmärkten eine Rolle. Die BRD-Zeitschrift „Wehrdienst“ schrieb zu den Rüstungsexporten am 13. 11. 1978: „Die Bundesregierung sieht in der Ausrüstungshilfe mehr als bisher ein wirkungsvolles Instrument der deutschen Außenpolitik und einen guten Türöffner für die deutsche Wirtschaft.“ Die Lieferungen „sonstiger Rüstungsgüter“ wie Waffenteile, Anlagen zur Herstellung von militärischen Gütern und Fertigungsunterlagen machten von 1976 bis 1978 nach offiziellen BRD-Angaben einen Wert von 6,64 Milliar-

den DM aus und gingen in 69 Staaten. Mit Waffenexport, Rüstungskoooperation und Errichtung von Zweigwerken der BRD-Rüstungsindustrie im Ausland umgehen die BRD-Monopole seit Jahren die bei NATO-Eintritt von den Ländern der Westeuropäischen Union der BRD auferlegten Produktions- und Exportverbote.

Die zum Flick-Konzern gehörende Krauss-Maffei AG, Westeuropas größter Kampfpanzerproduzent, ließ beispielsweise beim italienischen Lizenznehmer „OTO Melara“ Leopard-Kampfpanzer unter der Tarnbezeichnung „Lion“ für den Export in Drittländer fertigen. Die staatliche Howaldtswerke-Deutsche Werft AG ließ in Großbritannien 3 U-Boote für Israel bauen. Eine von der Firma „Heckler und Koch“ in Thailand gebaute Fabrik lieferte Gewehre an die chilenische Militärjunta.

Trotz dieser bedeutenden Steigerungen der Rüstungsexporte, vor allem der BRD-Panzer- und Kriegsschiffproduzenten, drängen die Rüstungsmonopole sowie andere Vertreter des militärisch-industriellen Komplexes der BRD in jüngster Zeit verstärkt auf Anullierung der de jure noch nicht aufgehobenen Beschränkungen, die der BRD durch die Westeuropäische Union als „Garantie gegen das erneute Aufleben des deutschen Militarismus“ auferlegt wurden. Dazu gehört auch die weitere Aushöhlung des Kriegswaffenkontrollgesetzes sowie die Aufhebung des BRD-Regierungsbeschlusses von 1971, wonach keine Waffen in Spannungsgebiete geliefert werden dürfen. Der Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU, Friedrich Zimmermann, dazu: „Der Begriff Spannungsgebiete ist heute . . . überholt. Die Konfliktgefahr wird durch deutsche Waffenexporte generell nicht erhöht.“ BRD-Verteidigungsminister Apel forderte „eine langfristige Strategie diplomatischer, ökonomischer und militärischer Möglichkeiten“ zur Stärkung von Bündnispartnern innerhalb und außerhalb der NATO und übernahm für die Regierung der SPD/FDP-Koalition u. a. die Aufgabe, die „Federführung bei der Wirtschafts- und Militärhilfe für die Türkei“ zu übernehmen. Beispielsweise soll der Türkei eine zusätzliche „Verteidigungshilfe“ in Höhe von 400 Millionen DM und außerdem 560 Millionen DM „Ausrüstungshilfe“ gewährt werden. Zu letzterer würden u. a. 60 bis 70 Kampfpanzer des Typs Leopard gehören. Portugal erhält 12

Kampfflugzeuge G 91, eine Fla-Batterie, Brückengerät, Fahrzeuge und das Panzerabwehr-Flugkörpersystem MILAN.

Auch die kürzlichen Beschlüsse der NATO bzw. der BRD-Regierung zur zusätzlichen Erhöhung der „NATO-Verteidigungshilfe“ für Griechenland durch die BRD entsprechen diesen Zielen.

In jüngster Zeit fordern Politiker und Militärs der BRD darüber hinaus verstärkt die Ausdehnung des NATO-Bereichs, den Einsatz von Bundeswehr-Soldaten in Krisengebieten sowie die Schaffung einer „NATO-Krisenbewältigungsgruppe“. So verlangte der Militärspezialist der CDU, Manfred Wörner: „Die NATO kann sich nicht länger nur als militärisches Verteidigungsbündnis begreifen. Sie muß sich im Zeitalter globaler Interdependenz auch um solche Entwicklungen kümmern, die außerhalb ihres eigentlichen Vertragsgebietes liegen . . .“

Wenn es um die militärische Sicherung der Macht- und Profitinteressen des Imperialismus, um seinen Kampf gegen die revolutionäre Weltbewegung geht, sind die BRD-Rüstungskonzerne stets unter den Ersten zu finden.

Wilfried Klank

## Der Prophet und die Lüge

*Am 8. Januar 1980 sprach der Präsident James E. Carter vor Kongreßabgeordneten seines Landes, der USA, folgende Worte: „Ein Einsatzkommando oder eine militärische Aktion mit dem Ziel einer Befreiung der Geiseln würde fast unausweichlich mit einem Fehlschlag und fast gewiß mit dem Tod der Geiseln enden.“*

*Am 25. April 1980 verletzte eine USA-Eingreiftruppe die Souveränität Irans und fiel in das Land ein, angeblich, um die Geiseln zu befreien. Das Unternehmen endete – wie vom Präsidenten vorausgesagt – „fast unausweichlich mit einem Fehlschlag“. Der „fast gewisse Tod der Geiseln“ trat nicht ein, allerdings war das kein Verdienst der USA. Dafür wurden bei der Aktion US-Soldaten geopfert.*

*Das ganze Unternehmen war, wie der Präsident nach dem Scheitern erklärte, seit November 1979 vorbereitet worden . . .*

---

# PANORAMA

---

## Fakten zum Konfrontationskurs der USA und der NATO

Erich Honecker erklärte am 27. April 1980 in Brandenburg: „Die aggressivsten Kräfte des Imperialismus, insbesondere in den USA, sind mit ihrer skrupellosen Politik bestrebt, den Übergang von der Entspannung zur Konfrontation zu bewerkstelligen und haben damit die Weltlage wesentlich verschärft. Dahinter steht ihr Streben nach wirtschaftlichen und militärischen Einflusssphären, womit sie das internationale Kräfteverhältnis zu ihren Gunsten verändern wollen. Mit der Hochrüstung der NATO und dem Brüsseler Raketenbeschluß, mit ihrem Kurs des Boykotts, der Erpressung und der Gewalt gegen unabhängige Länder drohen sie letztlich alles in Frage zu stellen, was auf dem Wege der friedlichen Koexistenz bisher erreicht werden konnte.“

Hier eine Auswahl von Tatsachen, wie der Imperialismus allein seit Jahresbeginn 1980 die internationale Lage verschärft hat:

### Kriegsgeschrei und Provokationen

● Im Januar fordert USA-Präsident Carter, die Ratifizierung des SALT-II-Abkommens zu verschieben. Die sowjetische Hilfe für Afghanistan entsprechend abgeschlossenen völkerrechtlichen Verträgen dient als Vorwand für Wirtschafts- und Olympiaboykottmaßnahmen gegen die UdSSR.

● Im Februar besucht der Sicherheitsberater Carters, Brzezinski, Pakistan und heizt die Stimmung gegen Afghanistan an. Am Khyber-Paß läßt er sich mit einer MPi in der Hand fotografieren und stößt Drohungen gegen die Demokratische Republik Afghanistan aus.

● Im März verlegen die USA zusätzlich 1 800 Marineinfanteristen zusammen mit Kriegsschiffen, Amphibienfahrzeugen, Hubschraubern, Panzern und Geschützen in den Indischen Ozean. US-Flottenverbände operieren im Persischen Golf. BRD-Verteidigungsminister Apel fordert „Arbeitsteilung in der NATO“ zur Energie- und Rohstoffsicherung.

● Im April begehen die USA einen gefährlichen Aggressionsakt gegen den Iran. Mit Flugzeugen und Hubschraubern dringen sie unter dem Vorwand einer Geiselnbefreiung Hunderte Kilometer tief in iranisches Territorium ein.

### **Wettrüsten und Stützpunktpolitik**

● Im Januar erklärt Carter in einer Botschaft zur Lage der Nation: „Unser Land muß eine führende Rolle in der Welt behaupten. Wir müssen . . . die militärische Stärke der USA und ihrer Verbündeten und Freunde ausbauen.“

● Experten des Pentagon inspizieren am Jahresbeginn zahlreiche Länder, z. B. Djibouti, Somalia, Kenia, Israel, Saudi-Arabien und Oman, um Möglichkeiten für die Errichtung neuer USA-Stützpunkte zu erkunden.

● Anfang März erklärte Verteidigungsminister Brown erneut, daß sich die USA „die Entscheidung über den Einsatz taktischer Atomwaffen für den Zugang zu den Ölfeldern des Persischen Golfs offenhalten“.

● Das 5-Jahresprogramm für die USA-Rüstung sieht die Erhöhung des Militäretats bis 1985 real um mindestens 4,5 Prozent vor. (Schwerpunkte: strategische Kernwaffen, verstärkte konventionelle Rüstung, „schnelle Eingreiftruppe“, Aufrüstung der Flotte zur „stärksten Marine, die es auf den Meeren gibt.“)

● Die BRD beschließt, 1980 für Rüstung 60 Milliarden DM auszugeben. Zusatzforderungen der Militärs sind bereits angekündigt. Die Bundeswehr wird über 36 statt bisher 33 Kampfbrigaden sowie neue Waffensysteme verfügen.

● Die Schaffung von Voraussetzungen für die Stationierung der amerikanischen Atomraketen Pershing II und Cruise Missile wird weiter vorangetrieben.

● Die USA-Regierung erklärt, sie werde mit der Verwirklichung des MX-Raketen-Programms beginnen (zur Erschwerung ihrer Ortung sollen 200 strategische Raketen ständig zwischen 4 600 unterirdischen Startpunkten hin und her transportiert werden.).

● NATO-General Rogers fordert die Produktion solcher Waffen, die sowohl chemische als auch Nervengasbestandteile enthalten.

● Im April verlegen die USA weitere Truppen in den Indischen Ozean und nach Europa. Der Ausbau von 74 westeuropäischen Flugplätzen wird begonnen, um 25 Geschwader zusätzlich aufnehmen zu können.

- Der USA-Heeresstabschef fordert die Aufstockung der Eingreiftruppe auf 200 000 Mann:

## Manöver

7.–13. 1.: Manöver „Gallant Eagle“ in den Wüstengebieten Kaliforniens und Nevadas. Die Intervention in Ölgebieten des Nahen und Mittleren Ostens wurde erprobt.

14. 1.–10. 2.: Seekriegsmanöver „READEX 1-80“ im Westatlantik und der Karibik mit 33 Kriegsschiffen (USA, Großbritannien, Niederlande) Schwerpunkt: Landungsoperationen der Marineinfanterie.

16.–26. 1.: Seekriegsmanöver „READEX 2-80“ im Pazifik mit 13 Kampfschiffen der 3. USA-Flotte, darunter der Flugzeugträger „Constellation“.

21.–22. 1.: Landungsmanöver von Einheiten der USA-Marineinfanterie in Griechenland.

24. 1.–4. 2.: Manöver „Black Fury III“ der US-Truppen in der Panamakanal-Zone.

25. 2.–7. 3.: NATO-Seekriegsmanöver „Safe Pass 80“ im Mittleren Pazifik mit 20 000 Soldaten, 41 Kriegsschiffen und 200 Flugzeugen der USA, Kanadas, Australiens, Neuseelands und anderen.

28. 2.–27. 3.: NATO-Winterkriegsmanöver „Anorak-Express“ in Nordnorwegen mit 20 000 Soldaten aus 7 NATO-Armeen, darunter 1 800 amerikanische „Leder-nacken“.

1. 3.–22. 4.: Manöver „TEAM SPIRIT 80“, die bisher größte Kriegsübung in Südkorea, mit 154 000 Soldaten der USA- und südkoreanischen Streitkräfte, darunter Marineinfanterie-Einheiten aus Okinawa und Verbänden der 7. USA-Flotte.

10.–20. 3.: NATO-Seekriegsmanöver „Seehund 1-80“ im östlichen Mittelmeer.

17. 3.: „Springtrain 80“ der britischen Luft- und See-streitkräfte.

7. 4.–20. 4.: „Nigtechno 80“ der portugiesischen und britischen Streitkräfte.

9.–14. 4.: 10 000 Angehörige der „schnellen Eingreif-truppe“ proben den Einsatz.

14. 4.–15. 4.: „Elder Forest 80“ mit Luftstreitkräften von 8 NATO-Staaten.

16. 4.: „Blue Harrier“ mit NATO-Flotten im Kattegat und in den Ostseezugängen.

21. 4.–13. 5.: „Bold Game“, NATO-Flotten-Manöver in der Nordsee.

22. 4.–24. 4.: „Cloudy Chorus“ mit 2 000 Flugeinsätzen der Luftstreitkräfte in Europa-Mitte.

28.–29. 4.: „Datex 80“, Luftmanöver von 8 NATO-Staaten und Spanien.

## **BRD: Welchen Nutzen zieht sie aus anderen EG-Ländern ?**

Von den drei wirtschaftlichen Rivalitätszentren des Imperialismus USA, Westeuropa und Japan erlangt Westeuropa mit seinen „Europäischen Gemeinschaften“ (EG) eine immer größere Bedeutung. Innerhalb der EG baut die BRD als stärkster imperialistischer Staat Westeuropas ihre Positionen immer weiter aus. Sie benutzt ihre Vormachtstellung, um sich beachtliche ökonomische Vorteile zu verschaffen.

● So kommen von den fast zwei Millionen ausländischen Arbeitskräften in der BRD fast ein Viertel aus EG-Ländern. Sie stellen besonders profitable Ausbeutungsobjekte dar. Denn erstens spart man die Ausbildungskosten, zweitens kann man sie wegen der oft noch größeren Arbeitslosigkeit in ihren Herkunftsländern mit niedrigerem Lohn abspeisen und obendrein können sie schneller umgesetzt oder hinausgeworfen werden.

● Allein 1978 flossen 46 Prozent der Exporte der BRD in die Länder des „Gemeinsamen Marktes“. Durch den damit erzielten Exportüberschuß von zehn Milliarden DM konnten die Monopole der BRD auf Kosten ihrer Partner 200 000 Arbeitsplätze sichern, die ansonsten zusätzlich zwei Milliarden DM Arbeitslosenunterstützung gekostet hätten.

● Die BRD behauptet mitunter, sie sei der „Zahlmeister“ der EG. Aber während sie 1978 rund 10,5 Milliarden DM in die EG-Kassen (beispielsweise in Form von Zöllen aus Drittländern) einbrachte, flossen zugleich über neun Milliarden (z. B. Agrarsubventionen für Getreide- und Milchprodukte) zurück. Die Belastung für die BRD von 1,5 Milliarden macht bei 62 Millionen Einwohnern lediglich etwa 25 DM pro Kopf aus.

● Um ihre Vormachtstellung in der EG weiter zu festigen, investieren die BRD-Monopole von ihren privaten Direktinvestitionen allein ein Drittel in den anderen Partnerländern.

Was ermöglicht der BRD, einen Teil ihres Nationaleinkommens auf Kosten der übrigen EG-Mitglieder zu erwerben? Das Monopolkapital der BRD stützt sich dabei vor allem auf sein ökonomisches Potential, das das der anderen Mitglieder erheblich überragt. Bei einem Bevölkerungsanteil von 23 Prozent verfügt die BRD in den EG (1978) über einen Anteil von 31 Prozent am Bruttosozialprodukt und von 35 Prozent an der Industrieproduktion. 31 Prozent der EG-Exporte kommen aus der BRD. Sie hat sich bei der Bewältigung struktureller Anpassungsprobleme einen Vorsprung vor den anderen westeuropäischen Ländern verschafft und verfügt deshalb über eine starke internationale Konkurrenzfähigkeit. Dazu trugen die im Verhältnis zu den anderen Partnern geringere Inflationsrate, das höhere Wachstum der Arbeitsproduktivität, der günstigere Außenhandel sowie die hohen Aufwendungen für Forschung und Entwicklung bei (1978 je Einwohner in der BRD 388 DM, Frankreich 289 DM, Großbritannien 184 DM, Italien 74 DM).

Die BRD will auch künftig ihre Vormachtstellung in den EG zur Sicherung von Höchstprofiten für die westdeutschen Konzerne sowie zur Aufrechterhaltung des relativ hohen Beschäftigungsniveaus und Pro-Kopf-Einkommens auf Kosten der Partner weiter ausbauen:

- Die EG soll deshalb nach Bonner Vorstellungen mit weiteren außen- und innenpolitischen Kompetenzen ausgestattet werden. Durch Mehrheitsentscheidungen in den Institutionen der EG und den Ausbau der supranationalen Elemente erstrebt die BRD eine möglichst verdeckte, aber effektive Durchsetzung ihrer Vorherrschaftspläne gegenüber den schwächeren Partnern, die mit wachsendem Mißtrauen den Hegemonieabsichten der BRD entgegensetzen.

- Die dominierende Rolle der DM im westeuropäischen Währungssystem soll weiter gefestigt werden.

- Die Aufnahme Griechenlands, Spaniens und Portugals in die EG sowie das verstärkte Eindringen in Afrika, Asien und Lateinamerika soll der Vergrößerung des ökonomischen Expansionsraumes vor allem der BRD-Monopole dienen.

Norbert Lehmann

## Entwicklungsländer

# Massiver Einfluß westlicher Massenmedien

Mit dem Anwachsen des ideologischen Kampfes wächst auch die Rolle der Massenmedien in den internationalen Beziehungen. Gab es 1960 in der Welt 365 Millionen Rundfunk-, 99 Millionen Fernsehgeräte und erschienen 286 Millionen Zeitungen, so verdoppelten, ja verdreifachten sich diese Zahlen binnen fünfzehn Jahren:

1975 gab es knapp eine Milliarde Rundfunk- und 366 Millionen Fernsehgeräte. Die tägliche Zeitungsauflage stieg auf 408 Millionen. (Neuere Zahlen liegen noch nicht vor.) Unberührt von dieser schnellen Entwicklung blieben jedoch die gravierenden Disproportionen. 1975 verfügten die zwei Drittel der Erdbevölkerung, die in den Entwicklungsländern leben, über nicht einmal ein Fünftel der Rundfunk- und über gar nur ein Zehntel der Fernsehempfänger und Zeitungen auf der Welt. Die Mehrzahl dieser Länder muß Tag für Tag einen massiven Informationsfluß aus den imperialistischen Metropolen über sich ergehen lassen. „Informationsimperialismus“ – so hatte Finnlands Präsident Urho Kekkonen bereits 1973 diesen Zustand charakterisiert.

## Tägliche Sintflut der Desinformation

Und in der Tat: Die überwiegende Mehrheit der internationalen Kanäle zur Informationsverbreitung wird von einer kleinen Handvoll imperialistischer Medienkonzerne kontrolliert. Immer direkter mischen sich die transnationalen Medienkonzerne in die Angelegenheiten der Entwicklungsländer ein. Praktisch erdrücken sie mit ihrer Informationsflut, ihrem Nachrichten- und Unterhaltungsangebot die sich größtenteils noch in der Entwicklung befindenden nationalen Informations-einrichtungen. Während z. B. die vier großen imperialistischen Nachrichtenagenturen UPI, AP, AFP und Reuters, die insgesamt rund 2000 Auslandskorrespondenten unter Vertrag haben, täglich 32 Millionen Worte an 20 000 Abnehmer in praktisch alle Länder der Erde verbreiten, sendet der Nachrichtenagenturpool der nichtpaktgebundenen Staaten pro Tag nur 40 000 Worte. Während die zehn führenden imperia-

listischen Staaten mit ihren Auslandsrundfunkstationen wöchentlich 5000 Stunden in Dutzenden Sprachen in die Welt senden, kommen die rund 100 Nichtpaktgebundenen mit ihren weitaus schwächeren Sendern auf nicht einmal 1500 Stunden die Woche. Noch größer ist das Mißverhältnis im Fernsbereich. Statistiker haben errechnet, daß auf 1000 exportierte Fernsehminuten aus den USA eine einzige Exportminute aus den Entwicklungsländern kommt. Und die USA exportieren jährlich über 200 000 Stunden!

Die größten Medienkonzerne haben bereits einen Jahresumsatz von über einer Milliarde Dollar erreicht, viele von ihnen realisieren davon 50 Prozent und mehr im Ausland. Und diese Tendenz verstärkt sich noch mehr.

### **System geistiger Fesseln**

Die sich daraus ergebenden Probleme sind vielschichtig. Untersucht man den Inhalt dieser von den Medienkonzernen verbreiteten Informationen, dann wird deutlich, daß es sich nicht nur um einen „unausgewogenen“ Informationsfluß, sondern um eine geistige Kolonisation, um Manipulation und Diversion globalen Ausmaßes handelt. Praktisch versuchen die imperialistischen Informationsgiganten einmal aus Profitgründen Absatzmärkte für ihre Produktionen zu erobern und gleichzeitig diese Länder mit imperialistischem Gedankengut zu infiltrieren. Was von diesen Medien rund um die Uhr und rund um den Erdball gesendet wird, ist nicht etwa ein objektives Bild unserer Welt, sondern eine verzerrte Karikatur. Hunderte Millionen Menschen sollen eine Brille aufgesetzt bekommen, mit der der Imperialismus aus seiner Interessenlage heraus gewohnt ist, Ereignisse und Prozesse zu sehen. Da wird versucht, den Blick der Massen so zu richten, daß sie schließlich die Unwahrheit akzeptieren, daß zum Beispiel der Kuhhandel von Camp David der „Friedensbringer“ für den Nahen Osten, die nukleare Aufrüstung Westeuropas lediglich ein „Nachziehen“ ist, daß die Niederlage der afghanischen Konterrevolution den Frieden bedroht und nicht etwa das US-amerikanische Säbelrasseln. Interessant und berichtenswert ist für die westlichen Medien alles Antikommunistische, Sensationelle, Profitbringende, uninteressant sind die Anstrengungen von Millionen Menschen für die ökonomische und kulturelle Entwicklung ihrer Länder, für den sozialen Fortschritt. Selbst ein BRD-Nachrichten-

magazin gestand ein, daß die Medien des Westens „lieber von goldenen Betten korrupter Minister berichten als von Aufbauleistungen der Staaten Asiens, Afrikas und Lateinamerikas, lieber von Stammeskriegen als von Alphabetisierungskampagnen“. Die sich daraus ergebenden Folgen für die Entwicklungsländer sind oft gar nicht abzusehen. Während in einer Reihe von Entwicklungsländern die Regierungen versuchen, mittels der Massenmedien die Massen für Aufbau und Entwicklung zu mobilisieren, wird von außen in die entgegengesetzte Richtung gearbeitet: Die Menschen werden desorientiert, ihnen werden westliche Wertvorstellungen aufoktroyiert, die den nationalen Interessen und der kulturellen Identität häufig völlig entgegenstehen.

### **Entwicklungsländer setzen sich zur Wehr**

Gegen diese Praxis haben sich die Entwicklungsländer in den letzten Jahren immer nachhaltiger mit kollektiven Maßnahmen zur Wehr gesetzt. Zum Beispiel koordiniert ein zwischenstaatlicher Regierungsrat für Informationsfragen nichtpaktgebundener Staaten seit 1976 Aktionen, die auf die Einführung einer neuen internationalen Informationsordnung hinauslaufen. Gebildet wurde ein gemeinsamer Nachrichtenagenturpool, ein Rundfunk- und Fernsehpool wird vorbereitet, enger wurden die Verbindungen zwischen den Journalistenverbänden, intensiviert wurde auch die Zusammenarbeit bei der Ausbildung von Journalisten und anderen Kadern.

Die imperialistischen Staaten, die zunächst die Idee einer neuen Informationsordnung bekämpft hatten, begannen in der zweiten Hälfte der 70er Jahre ihre Taktik zu ändern. Heute versuchen sie, die internationale Diskussion über die Massenmedien auf rein finanzielle und technologische Aspekte zu begrenzen. Sie hoffen, sich so in die Mediensysteme der Staaten der dritten Welt einkaufen zu können, die antiimperialistische Einheitsfront zwischen sozialistischen und Entwicklungsländern zu unterminieren und neue Abhängigkeiten zu schaffen.

Die sozialistischen Staaten unterstützen seit jeher die Entwicklungsländer in ihren antiimperialistischen Bestrebungen in der Informationspolitik. So leisten zum Beispiel die sowjetische Nachrichtenagentur TASS und die DDR-Agentur ADN in jungen Nationalstaaten tatkräftige Hilfe.

Wolfgang Kleinwächter



